

## Ehrenämter bei Caritas & Co: Tarnung von Billigjobs

Anmoderation

Anja Reschke:

„Sie gelten als Stütze unserer Gesellschaft. Ehrenamtliche: Sie trainieren etwa die Jugend in Fußballvereinen, helfen älteren Menschen, veranstalten Jugendfreizeiten, betreuen Unfallopfer. Weil sie sich fürs Gemeinwohl engagieren, werden sie vom Staat auch steuerlich begünstigt. Das Ehrenamt gilt also als ehrenvoll. Deshalb ist es auch besonders ehrwürdig, wenn diese Ehrenämter missbraucht werden, um einen regulären Arbeitsplatz zu ersetzen. Und das passiert besonders oft ausgerechnet bei Wohlfahrtsverbänden. Tamara Anthony, Anna Orth und Tina Roth über das Ehrenamt als Billigjob.“

Fahrdienst vom Deutschen Roten Kreuz. Eigentlich ein ganz normaler Job. Doch bezahlt wird er nicht normal. Denn Frau S. ist angeblich gerade ehrenamtlich unterwegs.

O-Ton

Frau S.:

„Ich fahre von Montag bis Freitag. Fahre ich behinderte Kinder, Schulkinder, Kindergartenkinder in die Schule. Und ich hole sie Mittags wieder ab und fahre sie dann Heim zu ihren Eltern.“

Panorama:

„Und sie machen das jeden Tag in der Woche und trotzdem gilt das als Ehrenamt?“

Frau S.:

„Ganz genau.“

Ein normaler Job als Busfahrerin – bezahlt mit einer Aufwandsentschädigung für das Ehrenamt. Der Vorteil für das Rote Kreuz: weniger Sozialabgaben. Bis zu 2100 Euro im Jahr können steuer- und abgabenfrei gezahlt werden, erst für weiteres Gehalt werden dann Abgaben fällig. Diese staatliche Förderung nutzt das Deutsche Rote Kreuz aus.

O-Ton

Prof. Adalbert Evers,

Sozialwissenschaftler:

„Damit wird unter der heeren Überschrift: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, unter dieser Überschrift ist es gelaufen und läuft es, wird etwas ganz anderes gefördert, nämlich die Ausweitung in der Regel schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse“

Wir wollen wissen, wie verbreitet dieser Missbrauch ist und bitten eine ausgebildete Pflegerin, sich auf verschiedene Jobs bei Diakonie und Caritas zu bewerben.

Bereits in Stellenangeboten heißt es: Teile des Lohns würden auf

„Aufwandsentschädigungsbasis“ bezahlt, oder: der Lohn werde mit einer

„Übungsleiterpauschale“ kombiniert, wie das Geld für ehrenamtlich Engagierte offiziell heißt. Gleich bei unseren ersten Anrufen werden uns solche Jobmodelle angeboten:

O-Ton

Pflegerin für Panorama:

„Auf 400 Euro Basis und eine ehrenamtliche Aufwandsentschädigung. Das wäre möglich. Ja ok. Damit bin ich erst mal einverstanden.“

Mit versteckter Kamera gehen wir zum Vorstellungsgespräch in ein Altenpflegeheim der Caritas. Dabei interessiert uns vor allem, welche Arten von Tätigkeiten hier über das Ehrenamt abgerechnet werden. Professionelle Pflege – oder wirklich Ehrenamt: mit alten Menschen reden, ihnen Zuhören, sie begleiten.

Panorama:

„Was wäre denn mein Job?“

Gedächtnisprotokoll

Stimme nachgesprochen

„Beim Aufstehen helfen, Toilettengänge, Waschen, Ankleiden und das ganze wieder rückwärts, dass es ins Bett geht. Und dann Pflegeplanung, Pflegedokumentation. Ganz normale Pflegehilfe.“

Panorama:

„Und egal ob auf Aufwandsentschädigung oder 400 Euro Job, das ist der gleiche Stundenlohn und die gleiche Arbeit?“

Gedächtnisprotokoll

Stimme nachgesprochen

„Ja, zu gleichen Bedingungen! Und sie verdienen 400 Euro plus 175 Euro Aufwandsentschädigung im Monat.“

Eine attraktive Rechnung – die allerdings nur für die Wohlfahrtsverbände aufgeht. Die Arbeitnehmer sind sozial schlecht abgesichert – und die Allgemeinheit zahlt.

O-Ton

Prof. Adalbert Evers,

Sozialwissenschaftler:

„Ich schaffe Jobs mit geringeren Abgaben für die soziale Sicherung und damit werden die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherung, die wir ohnehin schon haben, vergrößert.“

In den großen Wohlfahrtsverbänden ist durchaus klar, dass die Förderung der Ehrenämter eigentlich ein anderes Ziel hat. In Dokumenten der Mitarbeitervertretung der evangelischen Diakonie ist ganz ausdrücklich von „Schein-Ehrenamtlichkeit“ die Rede, und bei den Mitarbeitern der Caritas von einem „Steuersparmodell“, um „Sozialabgaben einzusparen“. Auch die Bruderhaus-Diakonie im schwäbischen Reutlingen nutzt die Steuersparmöglichkeit.

Panorama:

„Warum ist diese Bezahlung über die Übungsleiterpauschale, also die 175 Euro im Monat, warum ist das für Sie ein gutes Modell?“

Johannes Prinz,

Personalleiter Bruderhaus Diakonie:

„Es ist eine Steuerfreigrenze oder eine Sozialversicherungsgrenze, die der Gesetzgeber eingeräumt hat und insofern sage ich ja, wäre ja ein Arbeitgeber dumm, wenn er so etwas nicht mit ausschöpfen würde.“

Genau: schön dumm wäre man. Denn das Ganze ist nach dem Gesetz zur Übungsleiterpauschale ganz legal.

Auf Anfrage von Panorama berufen sich auch das Deutsche Rote Kreuz und die Caritas auf die Rechtmäßigkeit ihrer Praxis.

O-Ton

Prof. Adalbert Evers,  
Sozialwissenschaftler:

„Und wenn der Gesetzgeber, wie ich finde, ein so problematisches Gesetz macht, wie er das mit der Übungsleiterpauschale gemacht hat, dann darf er sich nicht wundern, wenn Geld, das für die Förderung von Engagement bestimmt war, auf diese Weise zur Subventionierung landläufiger Jobs benutzt wird.“

Panorama:

„Und ist das nicht schwierig gerade als Wohlfahrtsverband, wo man eben ja auch vom Sozialwesen abhängig ist, zu sagen: wir zahlen keine Sozialabgaben?“

O-Ton

Johannes Prinz,  
Personalleiter Bruderhaus Diakonie:

„Ich glaube, es gibt... also, da müsste man in die Politik insgesamt einsteigen.“

Der Bundestag könnte den Missbrauch per Gesetz beenden, die Kombination von Lohn und Ehrenamt verbieten. Aber viele Abgeordnete kennen das weit verbreitete Problem nicht einmal, auch nicht Markus Grübel, der Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement.

Panorama:

„Warum ist das bisher nicht aufgefallen?“

Markus Grübel,  
CDU-Bundestagsabgeordneter

„Also wir hatten schon im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement das Thema, wie viel Bezahlung verträgt das Ehrenamt diskutiert, aber genau der Fall, der ist weder den Vertretern des bürgerschaftlichen Engagement, noch Vertreter Caritas, war z.B. in der Sitzung da, noch den Kollegen aufgefallen. Also wir haben das nie im Ausschuss diskutiert.“

Panorama:

„Fehlt es auch an Regelungen hier?“

Markus Grübel,  
CDU-Bundestagsabgeordneter

„Wenn offensichtlich die Steuerverwaltung das nicht als Problem erkennt, müsste die Regelung nachgesteuert werden.“

Das Finanzministerium könnte die Initiative ergreifen. Doch auf Anfrage heißt es lapidar: kein Anlass zur Nachbesserung, der Ehrenamtsmissbrauch sei unbekannt. Schönes Regieren, so klamm können die Kassen hier noch nicht sein.

Bericht: Anna Orth, Tina Roth, Tamara Anthony  
Schnitt: Ulrich Kruse